

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXVI 2-2020

VENEZUELA: UTOPIEN UND KRISEN

Schwerpunktredaktion: Jonathan Scalet, Lukas Schmidt

Published by:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhalt

- 4 JONATHAN SCALET, LUKAS SCHMIDT
Venezuela: Utopien und Krisen
- 29 STEFAN PETERS
Zur Politischen Ökonomie von Rentengesellschaften:
Die Bolivarianische Revolution in Venezuela
- 55 MARGARITA LANGTHALER
Bildung und Gegenhegemonie in peripheren
Transformationsprozessen: Das Beispiel der bolivarianischen
Bildungspolitik in Venezuela

Essays

- 82 MARTHA LÍA GRAJALES
Populäre Macht in Venezuela
- 92 REINALDO ITURRIZA LÓPEZ
Der Einbruch des anderen Venezuela:
Zu den historischen Ursprüngen des Chavismus
- 108 MANUEL AZUAJE REVERÓN
Konservatives Zaumzeug im Ursprung der Bolivarianischen
Revolution: Vom libertären Aufstand zum ‚Weg über die Wahlen‘

Digital

- GERARDO ROJAS
Zwischen demokratischem Sozialismus und Bürokratisierung:
Zur Lage des Chavismus am Beginn des neuen Jahrzehnts
- 121 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 125 Impressum

JONATHAN SCALET, LUKAS SCHMIDT
Venezuela: Utopien und Krisen

Die Schlagzeilen der internationalen Medien zeichneten in den vergangenen Jahren ein Bild Venezuelas von einem Staat am Rand des Kollapses (vgl. Castro 2019; Declas 2019; Specia 2019). Seit dem Ausbruch einer massiven Wirtschaftskrise im Jahr 2014 kämpft das Land mit Versorgungsengpässen, Stromausfällen und Hyperinflation. Angesichts der COVID-19-Pandemie erhält diese Situation zusätzliche Dramatik. Hinzu kommt eine zunehmend autoritär agierende Regierung, die nicht in der Lage ist, den immer heftigeren und zum Teil gewaltsam geführten Auseinandersetzungen um die Regierungsmacht mit den Ansprüchen eines demokratischen Rechtsstaats zu begegnen. Das Resultat ist eine massive Verschlechterung der Lebensumstände eines Großteils der Menschen vor Ort. So wurde eine Migrationsbewegung angestoßen, in deren Folge nach Angaben des UNHCR (2020) im Zeitraum von 2014 bis 2019 768.146 Venezolaner*innen im Ausland um Asyl angesucht haben. Insgesamt leben aktuell knapp fünf Millionen Venezolaner*innen im Ausland, gleichzeitig scheint eine politische Lösung der aktuellen Situation derzeit in weiter Ferne zu liegen.

Dabei konnte das Land bis vor einigen Jahren bzw. vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise noch mit sozialpolitischen Erfolgen von sich reden machen. 2013 wurde etwa von der FAO bestätigt, dass Venezuela als eines von vier lateinamerikanischen Ländern – gemeinsam mit Peru, Nicaragua und Kuba – bereits 2012 das Millenniumsentwicklungsziel Nummer eins (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) erreicht hatte (FAO 2013). Zwischen 2003 und 2013 konnte der Zugang benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu Bildung, Gesundheitsversorgung, erschwinglichen Lebensmitteln und Wohnraum im Rahmen großflächiger Sozialprogramme in bemerkenswerter Weise ausgeweitet werden (Tinker Salas 2015: 192-200).

In den 2000er Jahren galt Venezuela noch als postneoliberaler Hoffnungsschimmer. Nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez im Jahr 1998 und seiner „Bolivarianischen Revolution“ wurde das Land immer mehr zum utopischen Ort für viele Menschen, die sich eine „gerechtere Welt“ abseits des ungezähmten Kapitalismus wünschten. Mit der Ausrufung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“⁴¹ 2005 wurde diese Wahrnehmung Venezuelas als Ort konkreter Utopien weiter gefestigt (z.B. Herdin 2005; Lebowitz 2006; Azzellini 2007). Das Ziel war eine neue Art von Sozialismus mit einer radikal partizipativ-demokratischen Stoßrichtung, der als Gegenmodell zu den autoritären Fehlentwicklungen der Sowjetunion stehen sollte.

Gleichzeitig beanstandeten Kritiker*innen von Anfang an Autoritarismus, Korruption, Personenkult und Misswirtschaft im Rahmen eines „Petroszialismus“ (z.B. Ertl 1999; Plott 1999; Weiss 2005).

Insbesondere dem Blick von außen gelang es in den vergangenen Jahren nur selten, sich von diesen beiden Perspektiven zu lösen. Die Darstellungen in internationalen Medien und wissenschaftlichen Publikationen bewegten sich häufig zwischen hoffnungsvollen utopischen Projektionen auf der einen und anklagenden Katastrophenbildern auf der anderen Seite, weswegen ausgewogene Berichte und Analysen, die der Komplexität der Entwicklungen vor Ort Rechnung tragen, die Ausnahme bildeten und bilden (für ein positives Gegenbeispiel siehe z.B. Lambert 2020b).

Die Intention der vorliegenden Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* ist es, diese Wahrnehmungen der Bolivarianischen Revolution Venezuelas zu differenzieren und um einige Dimensionen zu ergänzen, die in der internationalen Auseinandersetzung mit den Utopien und Krisen dieses Projekts meist kaum oder gar nicht beachtet werden. Dafür wird der Blick im Folgenden zunächst auf die strukturellen Bedingungen und Limitierungen der venezolanischen Erdölwirtschaft gerichtet, um die aktuelle wirtschaftliche und politische Krisendynamik und deren Ursachen in einen breiteren Kontext zu stellen. In einem zweiten Schritt wird der gängige Fokus auf die Auseinandersetzung um die Staatsmacht um eine Perspektive auf die Genese der Bolivarianischen Revolution und ihrer Basisbewegungen erweitert. Und schließlich wollen wir mit diesem Heft auch danach fragen, was im Kontext der aktuellen Krise aus der Utopie eines partizipativ-demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts geworden ist.

I. Rentenökonomie

Venezuela ist eine Rentenökonomie. Die venezolanische Gesellschaft ist zutiefst von der Extraktion und dem Export von Erdöl geprägt, wie Stefan Peters in seinem Beitrag zum rentenökonomischen Charakter des Landes verdeutlicht. 2018 hielt Venezuela 17,5 Prozent der globalen Ölreserven und verfügt damit aktuell über die größten nachgewiesenen Ölreserven der Welt knapp vor Saudi Arabien (17,2 Prozent) (BP 2019). Im Unterschied zu den vergleichsweise leicht zugänglichen Erdölvorkommen in den Golfstaaten ist mindestens ein Drittel der venezolanischen Vorkommen sogenanntes „superschweres“ Öl, das in Form von Ölsand im Orinoco-Gürtel lagert. Der staatliche Ölkonzern *Petróleos de Venezuela, S.A. (PdVSA)* ist derzeit nicht in der Lage, die nötigen Investitionen in die Technologieentwicklung zu tätigen oder die nötige Technologie aus dem Ausland einzuführen, um diese Vorkommen auszubeuten. Vielmehr ging die Fördermenge Venezuelas entgegen dem global steigenden Trend der letzten Jahre seit 2014 stetig zurück (OPEC 2020).

Im Zuge des bis 2014 andauernden Booms der Erdölwirtschaft hatte es die Regierung verabsäumt, eine strukturelle Transformation einzuleiten: Die ungewöhnlich hohen und vergleichsweise stabilen Rohstoffpreise in den 2000er Jahren boten für die Regierung Chávez die Möglichkeit, das Projekt der Bolivarianischen Revolution voranzutreiben und mit entsprechenden monetären Ressourcen auszustatten, ohne die bestehende ökonomische Struktur maßgeblich verändern zu müssen. Die Erdölproduktion wurde stetig intensiviert, die Exporte entsprechend erhöht und ein großer Teil des Zuflusses von Devisen durch die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung Chávez in den venezolanischen Wirtschaftskreislauf geleitet. Der Anteil des Erdölsektors lag 2012 bei 96 Prozent der Gesamtexporte, der Staatshaushalt wurde wesentlich durch diese Einnahmen gefüllt. Venezuela galt vor diesem Hintergrund im lateinamerikanischen Vergleich lange als Musterbeispiel für den sogenannten „Neo-Extraktivismus“, eine Kombination aus rohstoffbasiertem Entwicklungsmodell und progressiver Umverteilungspolitik (Jäger et al. 2014).

2. Importabhängigkeit

Typisch für rohstoffbasierte Ökonomien der globalen (Semi-)Peripherie ist die Importabhängigkeit als historisches Kontinuum: Die periphere Weltmarktintegration Venezuelas als Rohstofflieferant für den Weltmarkt und die Dominanz der Erdölindustrie am Binnenmarkt behindern seit Jahrzehnten den Aufbau eigener produktiver Kapazitäten. (Sutherland 2016). Betroffen ist auch die Landwirtschaft: Kleinbäuer*innen sind abhängig vom Import von Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden. Die Konkurrenz von vergleichsweise billigen Importen transnationaler Konzerne macht die Produktion von Lebensmitteln unprofitabel. Zudem ist Land – wie in ganz Lateinamerika – enorm ungleich verteilt. Vor diesem Hintergrund sind venezolanische Kleinbäuer*innen in den vergangenen Jahrzehnten in die als *barrios* bekannten informellen Siedlungen an den Rändern der Großstädte migriert. Heute leben Schätzungen zufolge 90 Prozent der Venezolaner*innen in Städten, was Venezuela zu einem der am stärksten urbanisierten Länder der Welt macht. Das Resultat ist ein Teufelskreis aus Erdölexport, Importabhängigkeit, Landflucht und wachsenden Armenvierteln in den Städten (Schiavoni 2016).

Während der Blütephase des Sozialismus des 21. Jahrhunderts konnte die Volatilität der Ernährungssicherheit der venezolanischen Bevölkerung mittels subventionierter Lebensmittelimporte kaschiert werden. Im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft ALBA-TCP wurden alternative Handelsbeziehungen aufgebaut, um die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu verringern. Diese waren aber ebenfalls eng an die Erdöleinnahmen geknüpft (Eder 2016). Die Grundversorgung konnte auf diesem Weg zudem nicht hinreichend sichergestellt werden, weswegen konventionelle Lebensmittelimporte weiterhin die primäre Versorgungsgrundlage der venezolanischen Bevölkerung darstellten. Die bereits erwähnten Erfolgsstatistiken der Hungerbekämpfung waren daher in letzter Konsequenz vor allem das Resultat der hohen Erdölpreise. Versuche, durch Landreformen und die Förderung kleinbäuerlicher Strukturen Ernährungssouveränität herzustellen, haben zwar zu einer Verbesserung geführt, waren allerdings nicht umfangreich genug und blieben letztlich unzureichend (Lubbock 2020).

Mit dem Ausbruch der ökonomischen Krise ab Ende 2014 kam es zu Versorgungsengpässen, die die Schwachstellen des Systems offenbarten und die Lebensmittelversorgung einer Vielzahl von Venezolaner*innen massiv bedrohten. Zudem spitzte sich der Konflikt mit den USA zu: Präsident Trump ordnete 2019 ein Handelsverbot mit Venezuela an, das bereits seit einigen Jahren bestehende Sanktionen zusätzlich verschärfte. Die internationale Isolation Venezuelas nahm damit weiter zu. Viele Staaten Europas, aber auch Lateinamerikas unterstützten die Sanktionen gegen Venezuela (Zimmermann 2019). Gleichzeitig verstärkt sich die Abhängigkeit gegenüber Russland und China, deren politische Führungen Venezuela gleichsam aus geopolitischem Kalkül beistehen. Venezuela entwickelt sich damit in den letzten Jahren verstärkt zum Spielball ausländischer Interessen (Fischermann 2019).

3. Aktuelle Krise

Die aktuelle ökonomische Krise wurde durch den Verfall der Erdölpreise Ende 2014 ausgelöst. Der massive Rückgang der Einnahmen aus dem Ölexport bedeutete das Wegbrechen der ökonomischen Grundlage des Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Um die wirtschaftlichen Einbußen zu kompensieren und die aus den Erlösen der PdVSA finanzierten Sozialprogramme zu erhalten, wurde die Geldmenge massiv ausgeweitet. Diese Maßnahme hat wiederum dazu beigetragen, dass sich die venezolanische Ökonomie in Richtung Hyperinflation bewegte (Tauss 2016).

Die erhoffte Erholung der Erdölpreise blieb seither aus, zuletzt verschlimmerte sich die Situation für die venezolanische Ökonomie im Kontext der COVID-19-Pandemie erneut: Im April 2020 fiel der Erdölpreis zwischenzeitlich zum ersten Mal in der Geschichte auf einen negativen Wert (Pfluger 2020). Die Erdölproduktion wurde damit unprofitabel, und es fehlt an alternativen Einnahmequellen für nötige Importe. Venezuela, das erdölreichste Land der Welt, ist auch auf den Import von Benzin angewiesen und kann sich dieses aktuell nicht in ausreichender Menge leisten. Die Treibstoffknappheit verschärft wiederum die Versorgungskrise, da notwendige Transporte derzeit nicht getätigt werden können (Herrera 2020).

Diese wirtschaftliche und soziale Krise befeuert auch politische Auseinandersetzungen im Land: Hugo Chávez verfügte bis zu seinem Tod im März 2013 über einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Der von ihm vorangetriebene gesellschaftliche Umbau im Land versprach für eine Mehrheit der Bevölkerung eine größere Teilhabe an den im Erdölsektor erwirtschafteten Einnahmen sowie eine gesteigerte politische Teilhabe. Die Grundlage dafür bildete die 1999 in Kraft getretene Verfassung. Dennoch war die venezolanische Gesellschaft schon während seiner Amtszeit tief gespalten. Während Chávez' Unterstützer*innen sowie andere linksgerichtete Gruppierungen den gesellschaftlichen Umbau mittrugen, versuchten oppositionelle Gruppen, diesen Prozess zu stoppen und die alte Ordnung wiederherzustellen. Zuletzt wurde dieser Konflikt in Gestalt des rechtsgerichteten Politikers Juan Guaidó sichtbar: Der junge Präsident der Nationalversammlung ernannte sich Anfang 2019 nach jahrelangen verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung sowie Vorwürfen des Wahlbetrugs gegen Chávez' Nachfolger Nicolás Maduro zum Interimspräsidenten Venezuelas. Dabei konnte er den Unmut einer Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung über das desolate Krisenmanagement und die autoritären Tendenzen der Regierung Maduro nutzen, um breite Aufmerksamkeit für seine Person zu erlangen und Unterstützungsbekundungen zahlreicher westlicher Regierungen zu erhalten (Cannon 2019). Anfang 2020 wurde Guaidó von über 50 Staaten offiziell als legitimes Staatsoberhaupt Venezuelas anerkannt (BBC 2020).

Die Kritik an der Regierung fällt in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden: Die Unzufriedenheit ist auch unter ehemaligen Anhänger*innen von Hugo Chávez groß. Nicolás Maduro hat die Versuche der Opposition, den Zugang zu den Schaltstellen der Regierungsmacht wiederzuerlangen, mit autoritärer Politik beantwortet, die den anfänglichen demokratischen Anspruch des Sozialismus des 21. Jahrhunderts vergessen ließ. Auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Maduro hat mit den ursprünglichen Ideen des chavistischen Projekts nur noch wenig zu tun. Was einst als radikale Abkehr vom Neoliberalismus gedacht war, erinnert im Kontext der aktuellen Krise zunehmend an die Politik der 1980er und 1990er Jahre: Wie Gerardo Rojas in seinem Beitrag aufzeigt, hat die Regierung ab 2016 eine konservative Wende vollzogen. Nulldefizit und eine Disziplinierung des Staatshaushalts wurden plötzlich Teil der politischen Reden Maduros.

Privatisierungen von staatlichen Unternehmen nehmen zu. Darüber hinaus findet eine Dollarisierung statt: Lange Zeit drückte Maduro seine Verachtung für die US-Währung aus, mittlerweile bezeichnet er die informelle Einführung des Dollars als Zahlungsmittel als „Segen“ (Lambert 2020b; Sutherland 2020).

Die Dollarisierung vergrößert die Ungleichheit im Land zusehends: Während neben den alten Eliten insbesondere auch den regierungsnahen Eliten des Landes der Zugang zu Devisen und damit der Import ausländischer Waren erleichtert wurde, schließt die neue Wirtschaftspolitik alle Venezolaner*innen aus, die keinen Zugang zu Dollars haben. Dies trifft insbesondere auf die Landbevölkerung zu. Die venezolanische Gesellschaft droht inmitten der wirtschaftlichen Krise sozial massiv auseinanderzudriften, der Sozialismus des 21. Jahrhunderts scheint endgültig ausgehöhlt zu sein (Kurmanaev/Isayen 2020).

4. „We created Chávez“

Der Umgang mit der Wirtschaftskrise und damit auch das Schicksal des Landes scheinen in der üblichen Sichtweise vor allem von den Personen an der Spitze von Staatsapparat und Parteien bestimmt zu sein. Dieser exklusive Fokus auf den Machtkampf zwischen Regierung, Opposition und Militär verhindert allerdings einen differenzierten Blick auf die Zusammensetzung, Interessenlagen und Strategien dieser Akteure sowie auf interne Spannungen und Konfliktlinien. Gesellschaftliche Gruppen und politische Bewegungen jenseits dieser Lager sind öffentlich weitgehend unsichtbar und damit auch nicht Teil des internationalen Narrativs über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 6f., 15-18).

Zu ihrer Blütezeit in den 2000er Jahren war die Bolivarianische Revolution für ihre Ambitionen bekannt, genau diese staatszentrierte Vorstellung politisch-gesellschaftlichen Handelns zu überwinden – und damit auch ein Demokratiemodell, in dem sich politische Teilhabe auf Wahlen reduziert und die Entscheidungsmacht in den Händen einiger weniger liegt. Die neue „Bolivarianische Verfassung“, die nach Chávez' Amtsantritt 1999 unter breiter Beteiligung sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftli-

cher Akteur*innen ausgearbeitet wurde, proklamierte eine nicht mehr bloß repräsentative, sondern „partizipative und protagonistische Demokratie“ für das Land. Demnach sollte die Bevölkerung, neben der regelmäßigen Wahl ihrer politischen Repräsentant*innen, die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zunehmend selbst in die Hand nehmen und so direkt und permanent zur tatsächlichen Protagonistin, also zum faktischen und nicht bloß formalen Subjekt politischer Entscheidungsmacht werden (Herdin 2005: 105f., 110-112; Wilpert 2007: 29-44, 53-64).

In den folgenden Jahren wurde dieser Anspruch mit Leben erfüllt. Vor allem ab 2003 entfaltete sich ein dynamischer Prozess politischer Mobilisierung und Partizipation, der von der Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung staatlicher Sozialprogramme (die sogenannten *Misiones*) bis hin zu Experimenten kommunaler Selbstverwaltung und solidarökonomischer Initiativen reichte. Insbesondere weite Teile der historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen erlebten durch diesen Prozess erstmals Teilhabe an und Repräsentation in staatlichen Politiken (Wilpert 2007: 53ff., 76ff., 105ff.; Ciccariello-Maher 2016: 8f.). Es war die Phase der sogenannten *pink tide* in Lateinamerika: In einer ganzen Reihe von Ländern kamen gemäßigte Linke bis sozialistische Kräfte an die Regierung, wodurch in der globalisierungskritischen Bewegung die Hoffnung aufkeimte, der lateinamerikanische Kontinent könnte den Weg in eine postneoliberale Zukunft weisen (Ciccariello-Maher 2016: 6f.).

Venezuela spielte in diesem Kontext eine besondere Rolle. 2005 hatte Hugo Chávez den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ausgerufen und damit nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ von 1989 und der damit einhergehenden politischen Desillusionierung die Utopie einer radikal anderen Gesellschaft zurück auf die Bühne gebracht. Fortan galt Venezuela manch internationaler/m Beobachter*in als Vorreiterin eines sozialistischen Gesellschaftsmodells, das nicht bloß egalitärer und gerechter, sondern vor allem auch wesentlich demokratischer als der bürgerlich-liberale Kapitalismus sein sollte (z.B. Azzellini 2007, 2010; Harnecker 2007; Lebowitz 2006). Mit dem Tod von Chávez 2013 und dem Beginn der Krise ist es in den letzten Jahren hingegen deutlich ruhiger um den utopischen Aspekt und die radikaldemokratischen Ambitionen der Bolivarianischen Revolution geworden, und das internationale Interesse an den venezolanischen Selbstverwaltungsinitiativen scheint weitgehend erloschen.

Doch die konkrete Utopie eines partizipativ-demokratischen Sozialismus und die Bewegungen und Personen, die diese in den 2000er Jahren an der gesellschaftlichen Basis vorangetrieben haben, sind mit der Krise des chavistischen Regierungsprojekts nicht einfach verschwunden (Ciccariello-Maher 2016: 25-28). Mehr noch: Sie wurden nicht einmal von diesem Projekt geschaffen. Wie Reinaldo Iturriza in diesem Heft argumentiert, bildet das chavistische Regierungsprojekt eben nicht den Ausgangspunkt der politischen Inklusion der marginalisierten Bevölkerungsgruppen, es müsse vielmehr umgekehrt als Ergebnis eines solchen Politisierungsprozesses verstanden werden, in dem sich diese marginalisierten Gruppen zu einem aktiven politischen Subjekt konstituierten (Ciccariello-Maher 2013: 5ff.). Oder, wie es der US-amerikanische Politikwissenschaftler George Ciccariello-Maher in den Worten eines venezolanischen Basisaktivisten pointiert ausdrückt: „Chávez didn’t create the movements, *we created him*“ (Contreras, zit. nach ebd.: 7, Hervorhebung im Original). Wir wollen daher einen genaueren Blick auf den Charakter und die aktuelle Lage dieser als *chavismo popular* bekannt gewordenen Basisbewegungen und ihre konkrete Utopie eines demokratischen Sozialismus werfen. Diese können allerdings nur vor dem Hintergrund ihrer historischen Genese verstanden werden.

5. Das Modell der IV. Republik

Das politische Projekt des Chavismus – das zu Beginn unter dem Namen „Bewegung für die V. Republik“ auftrat – konstituierte sich wesentlich als und in Opposition zur sogenannten „IV. Republik“ Venezuelas. Wenngleich die Verfassung dieser IV. Republik bereits 1953 verabschiedet worden war, so gilt gemeinhin die Demokratisierung Venezuelas 1958 als ihr tatsächlicher Beginn. Der Aufstieg des Chavismus und die gesellschaftlichen Konstellationen, Interessenlagen, Konfliktlinien und politischen Lager, die das Land bis heute prägen, gründen wesentlich in einem Gesellschaftsmodell, dessen Grundstein zu jener Zeit gelegt wurde und das seinerseits wiederum auf der rassialisierten Sozialstruktur der Kolonialzeit und den damals noch jungen Mustern einer Erdölökonomie aufsetzte (Ciccariello-Maher 2013: 9f.).

Dabei vollzog sich parallel zur Einführung der Demokratie in Venezuela zugleich auch deren Einhegung. Die IV. Republik war ein Projekt gemäßigter, reformistischer Eliten, die vor allem auf Stabilität, Ordnung und Fortschritt abzielten, weshalb radikalere Kräfte wie die kommunistische Partei, die beim Sturz des Diktators Márcos Pérez Jiménez noch eine zentrale Rolle gespielt hatten, ausgeschlossen wurden. Darin zeigt sich, wie Reinaldo Iturriza López in seinem Beitrag darstellt, ein tief verankertes und rassistisch grundiertes Misstrauen gegenüber der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit, deren Fähigkeit zu politischer Teilhabe bezweifelt und deren potenziell unkontrollierbarer Einfluss gefürchtet wurde. Diese Ressentiments sind in weiten Teilen der weißen Elite bis heute fest verankert und bilden ein wesentliches Element des Oppositionsdiskurses (Cannon 2008; Ciccariello-Maher 2013: 10f.; Ciccariello Maher 2016: 48-65).

Ihren historischen Ausdruck fand diese Orientierung im sogenannten „Punto-Fijo-Pakt“, mit dem die beiden moderat-reformistischen Parteien – die sozialdemokratische *Acción Democrática* (AD) und das konservative *Comité de Organización Política Electoral Independiente* (COPEI) – die Macht unter sich aufteilten. Unter diesem Zwei-Parteien-Regime etablierte sich das Modell einer „gezähmten Demokratie“, das – nach dem Muster Domestizierung und Repression – gesellschaftliche Interessen und Forderungen über ein breites Institutionengefüge an Verbänden, Gewerkschaften und Parteien kanalisierte und regulierte, während radikalere Ansprüche und unabhängige politische Bewegungen ausgeschlossen und unterdrückt wurden (Ciccariello-Maher 2013: 9-11; Tinker Salas 2015: 90ff.). Materiell gestützt wurde dieses Modell von den hohen Erdölpreisen der 1960er und 1970er Jahre, die dem Staat eine rege Investitionstätigkeit erlaubten (siehe den Beitrag von Stefan Peters in diesem Heft).

Der politischen Kanalisierung gesellschaftlicher Ansprüche „von unten nach oben“ entsprach die klientelistische Kanalisierung der Ölrente „von oben nach unten“, wobei auch ökonomisch überwiegend jene Gruppen profitieren konnten, die in das politische Institutionengefüge der IV. Republik eingebunden waren. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten, Unternehmen, formell Beschäftigte, insbesondere jene der Erdölindustrie und Staatsbedienstete, formierten so ein stabiles Bündnis, das auch heute noch die Basis der venezolanischen Opposition bildet. Auf kultureller Ebene basierte dieses Modell auf einer modernistischen Orientie-

rung an westlichen, vor allem US-amerikanischen Vorbildern und einem zum Teil extremen Konsumismus, der sich auch heute noch etwa in der hohen Dichte an Shopping-Malls und SUVs auf den Straßen der venezolanischen Hauptstadt Caracas zeigt (Tinker Salas 2015: 90ff.). International galt Venezuela in dieser Zeit als seltenes Beispiel einer stabilen Demokratie und prosperierenden Wirtschaft im Globalen Süden und im lateinamerikanischen Kontext damit als löbliche Ausnahme von der Regel repressiver Militärdiktaturen und bewaffneter Konflikte (Tinker Salas 2015: 94, 118; Ciccariello-Maher 2013: 12).

Was in dieser sogenannten „Exzeptionalismusthese“ (Salter 2010) übersehen wurde, war die Tatsache, dass sich hinter dem schönen Bild des prosperierenden Venezuela mit seinen Prestigebauten und Country Clubs noch ein – in den Worten des Liedermachers Alí Primera – „anderes Venezuela“ verbarg: das Venezuela des verlassenem Hinterlandes und der informellen Siedlungen an den Hängen rund um die großen Städte. Die historisch an den Rand gedrängten Bevölkerungsmehrheiten – das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten Kleinbäuer*innen, Frauen, die rassistisch diskriminierte afrovenezolanische und indigene Bevölkerung – sie alle blieben von den Segnungen der venezolanischen Vorzeigedemokratie weitgehend ausgeschlossen: ein Ausschluss, der zugleich Ursprung und Ausgangspunkt der sogenannten Bolivarianischen Revolution markiert. Denn diese Gruppen, die im wesentlichen jenen Gesellschaftssektor konstituieren, der in Venezuela als *el pueblo* – „das Volk“ – bezeichnet wird, sollten zur wichtigsten Machtbasis bzw. dem politischen Subjekt des Chavismus werden (Ciccariello-Maher 2013: 12ff., 20; Tinker Salas 2015: 89, 108ff.).

Dabei hat der spanische Begriff *pueblo* im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich andere Bedeutung als dessen deutsche Entsprechung, die zumeist mit den völkischen Ideen des Nationalsozialismus oder dem völkerrechtlichen Begriff des „Staatsvolks“ verbunden wird. In Venezuela wird *el pueblo* hingegen überwiegend im Sinne der „einfachen Leute“ oder – politischer – der „ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungsmehrheit“ verstanden und meint damit genau jene, die eben nicht

als Teil oder vollwertige Mitglieder der ethnisch-kulturell oder politisch-rechtlich gefassten Volksgemeinschaft im europäischen Sinn gelten. Im Gegensatz zu den homogenisierenden und harmonistischen Vorstellungen einer ethnisch-kulturellen oder politischen „Gemeinschaft der Gleichen“ verweist das Konzept des *pueblo* damit auf ein konfliktives Gesellschaftsverständnis und markiert einen Riss zwischen einer exklusiven Dominanzgesellschaft einerseits und der Bevölkerungsmehrheit der von dieser Gesellschaft Ausgeschlossenen und Unterdrückten andererseits (Dussel 2013: 91-98; Ciccariello-Maher 2013: 8f.; Kastner 2013).

Der Aufstieg und Charakter des chavistischen Projekts kann nur vor dem Hintergrund des langen Prozesses der Politisierung, Organisation und Mobilisierung dieser marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu einem kollektiv handelnden Subjekt und relevanten politischen Machtfaktor verstanden werden – eine Entwicklung, die sich ausgehend von der Etablierung der IV. Republik und im Widerstand gegen diese vollzieht. Dabei ist die leitende Vision und konkrete Utopie einer radikalen Demokratisierung der Gesellschaft, wie sie mit dem Anspruch der „partizipativen und protagonistischen Demokratie“ Jahrzehnte später in der Verfassung festgeschrieben werden sollte, bereits im Ausgangspunkt dieses Prozesses angelegt, ebenso wie das ambivalente, spannungsgeladene und immer wieder konfliktive Verhältnis zu den Institutionen des Staats und anderen Formen zentralisierter Macht, das die chavistische Basis bis heute charakterisiert (siehe die Beiträge von Grajales und Rojas in diesem Heft). Denn dieser Staat wurde von ihr über Jahrzehnte als fremde Macht erlebt, und das Modell der repräsentativen Demokratie galt ihr weniger als Weg politischer Mitbestimmung denn als Symbol für Ausschluss und Repression (Ciccariello-Maher 2013: 9ff.). Folglich musste auch ihr Kampf um gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation nicht auf Inklusion in das Institutionengefüge der IV. Republik abzielen, sondern auf deren radikale Transformation: „[T]he establishment of formal democracy in Venezuela marks the beginning of another struggle, a struggle for both democracy and equality as *substantive* and not merely formal parameters of social life“ (ebd.: 9, Hervorhebung im Original).

6. Die Entstehung des Chavismus als Bewegung

Die Entstehungsgeschichte des Chavismus gestaltete sich in der Folge als Suchbewegung nach Formen, Wegen und Strategien der Umsetzung einer solchen substanziellen Demokratisierung, wobei die Frage nach der Rolle des Staates und den bestehenden Institutionen der repräsentativen Demokratie zu einem zentralen strukturierenden Element werden sollte. Dabei changiert diese Suchbewegung zwischen Ansätzen und Phasen eher autonomer Selbstorganisationsprozesse „von unten“ und solchen stärker staatlich und zentralistisch orientierter Demokratisierungsbestrebungen „von oben“. Das komplexe Zusammenspiel dieser beiden Pole von dezentral „populärer“ und zentraler staatlicher Macht bildet ein wesentliches Charakteristikum des chavistischen Projekts und prägt die aktuellen Entwicklungen, wie die Essays in diesem Heft zeigen (Ciccariello-Maher 2013: 15-20). Die Wechselfälle, Verlaufslinien und Eckpfeiler dieses Prozesses können hier allerdings nur in groben Zügen angedeutet werden.

Der Widerstand gegen die IV. Republik artikuliert sich in den 1960er Jahren zunächst als bewaffneter (Guerilla-)Kampf nach kubanischem Vorbild, der auf die Eroberung der Staatsmacht durch eine kleine revolutionäre Elite abzielte, aber keine substanzielle Wirkung entfalten konnte. Das vollständige Scheitern dieses avantgardistischen Ansatzes, der die Guerilleros zunehmend isoliert und von der Basis der marginalisierten Bevölkerungsgruppen entfremdet hatte, führte zu einer allmählichen, aber gleichzeitig grundlegenden strategischen Reorientierung der revolutionären Bewegung. Dabei verschob sich der strategische Fokus von der Übernahme der Staatsmacht zum Aufbau „populärer“ Gegenmacht „von unten“. Die 1970er und 1980er Jahre markieren eine lange Phase politischer Basisarbeit, in der ein breites Feld an autonomen Kollektiven und Experimenten radikaldemokratischer Selbstverwaltung entstanden ist, womit aus heutiger Perspektive die Grundsteine des Chavismus als Bewegung gelegt wurden (Ciccariello-Maher 2013: 11f., 17ff, 22-87; Tinker Salas 2015: 95f.).

Der Ausgangspunkt des Chavismus als Staats- und Regierungsprojekt wiederum muss in den 1980er und 1990er Jahren und dem Zusammenbruch der IV. Republik gesucht werden, der sich in dieser Zeit vollzog. Dabei markiert der sogenannte *Caracazo* vom Februar 1989 eine entscheidende Zäsur in der venezolanischen Geschichte. Diesem Volksaufstand

war der Verfall der Erdölpreise zu Beginn des Jahrzehnts und darauf folgend eine Reihe neoliberaler Strukturanpassungsprogramme vorausgegangen, die das Arrangement der IV. Republik immer weiter aushöhlten. Am 27. Februar 1989 entlud sich der Unmut über ein neuerliches Sparpaket des frisch gewählten Präsidenten Carlos Andrés Pérez in mehrtägigen Rebellionen und Plünderungen, die ausgehend von den Armenvierteln der Hauptstadt Caracas bald das ganze Land erfassten (Tinker Salas 2015: 111-121).

Auch wenn der Aufstand zunächst niedergeschlagen wurde (die Schätzungen reichen von rund 300 bis 3000 Todesopfern), markiert er einen entscheidenden Wendepunkt in der venezolanischen Geschichte. Zum einen läutete er den endgültigen Kollaps der IV. Republik und ihrer politischen Eliten ein, die sich von diesem Schlag nicht mehr erholen sollten. Zum anderen aber wurde darin erstmals das enorme Machtpotenzial der marginalisierten Bevölkerungsgruppen sichtbar, die in der Lage waren, das gesamte Land lahmzulegen und die damit die lange untergründig schwellenden rassistischen Ängste der venezolanischen Eliten in ein manifestes Gefühl der Belagerung verwandelten: „To those in power the Caracazo represented the eruption of barbarism, of primitivism pitted against civilisation“ (Cannon 2008: 739). Zugleich bildete dieser rebellische „Einbruch“ des „anderen Venezuela“ in die öffentliche Sichtbarkeit den Ausgangspunkt seiner Institutionalisierung zum chavistischen Staatsprojekt (Tinker Salas 2015: 118ff.; Ciccariello-Maher 2013: 12ff., 88ff.).

7. Vom Volksaufstand zum Regierungsprojekt

Linke Gruppierungen innerhalb der Armee, die sich rund um Hugo Chávez unter dem Namen „*Bolivarianische Revolutionsbewegung 200*“ (*Movimiento Bolivariano Revolucionaria 200 – MBR-200*) organisiert hatten, griffen die im *Caracazo* sichtbar gewordene populäre Mobilisierung auf und versuchten, die seit den 1970er Jahren entstandene (dezentrale) Bewegung autonomer Selbstverwaltungskollektive mit der Strategie eines militärischen Umsturzes und ihrer staatlichen Institutionalisierung zu verbinden. Ziel war es, über die Eroberung der Staatsmacht die repräsentative Demokratie durch eine Art rätendemokratischer Staatlichkeit

zu ersetzen, in der die politische Machtausübung über lokal verankerte Versammlungsstrukturen direkt von der gesellschaftlichen Basis ausgehen sollte (Ciccariello-Maher 2016: 22ff.; Ciccariello-Maher 2013: 18ff.).

Der Versuch, diese putschistische Strategie in die Tat umzusetzen, scheiterte zwar zunächst. Allerdings machte der erste von zwei Putschversuchen im Februar 1992 dessen Anführer Hugo Chávez mit einem Schlag im ganzen Land bekannt und bildete so die Grundlage für seinen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1998 (Tinker Salas 2015: 122-131; Ciccariello Maher 2013: 14f.). Der Wechsel von einer aufständischen zu einer Wahlstrategie und die damit verbundene Notwendigkeit einer klassenübergreifenden Bündnispolitik führten (wie Manuel Azuaje in seinem Beitrag argumentiert) in den ersten Jahren der Regierung Chávez noch zu einer deutlich gemäßigten, reformistischen Linie und einer Abschwächung der ursprünglich radikaldemokratischen Ambitionen des MBR-200.

Ab 2003 kam es jedoch zu einer deutlichen Re-Radikalisierung des chavistischen Projekts. Ausgangspunkt waren zwei Umsturzversuche von Seiten der Opposition: Im April 2002 wurde ein medial orchestrierter Staatsstreich durch eine neuerliche Mobilisierung der chavistischen Basis im Bündnis mit loyalen Militärs abgewehrt; Ende desselben Jahres stürzten großflächige Betriebsaussperrungen und ein Streik in der Erdölindustrie das Land zwar in eine schwere Rezession, die die Regierung aber nicht zu Fall bringen konnte. In den folgenden Jahren kam es zu einem dynamischen Zusammenspiel politischer Mobilisierungs- und Organisationsprozesse „von unten“ und der staatlichen Förderung und Institutionalisierung radikaldemokratischer Modelle „von oben“, die als die „goldenen Jahre der Bolivarianischen Revolution“ bekannt werden sollten (Wilpert 2007: 18ff.; Ciccariello-Maher 2013: 166-179; Tinker Salas 2015: 151ff., 192ff.). Gegen Ende des Jahrzehnts ebte diese partizipative Dynamik allmählich ab, und auf Ebene von Regierung, Partei und Staatsapparat wurden zunehmende Bürokratisierungs- und Zentralisierungstendenzen erkennbar.

Die letzten Jahre unter Chávez waren von dessen Versuch gekennzeichnet, „das Ruder herumzureißen“ (so der Titel von Chávez' Ansprache beim ersten Ministerrat nach der Präsidentschaftswahl im Herbst 2012, die als *El Golpe de Timón* bekannt wurde), um das Projekt der partizipativen, protagonistischen und sozialistischen Demokratie wiederzubeleben und auf eine neue institutionelle Stufe zu heben. Mit dem Gesetz

der „Comuna“ war 2010 eine neue Organisationsform institutionalisiert worden, die den Grundstein einer künftigen rätedemokratischen „kommunalen“ Staatsarchitektur bilden sollte. In dieser wurden die heterogenen und zerstreuten lokalen Basisinitiativen zu größeren Selbstverwaltungseinheiten verbunden, die sich in weiterer Folge zu einer landesweiten Struktur vernetzen sollten. Darüber hinaus sollten auch die produktiven Kapazitäten des selbstverwalteten Sektors gestärkt werden, um die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs unter kommunaler Kontrolle voranzutreiben (Ciccariello-Maher 2016: 14ff.). Im Präsidentschaftswahlkampf 2012 und dem bereits angesprochenen *Golpe de Timón* – der letzten großen programmatischen Rede des Präsidenten – bestimmte Chávez unter dem Slogan „Comuna oder nichts!“ (*Comuna o nada!*) das Modell des kommunalen Staats als sein politisches Vermächtnis (Chávez Frías 2012).

Nach Chávez' Tod im März 2013 kam es tatsächlich zu einer kurzen dynamischen Phase mit verstärkten Organisationsprozessen „von unten“ und zumindest teilweise unterstützenden Politiken „von oben“ (Ciccariello-Maher 2016: 14-19, 25-28). Die aktuelle Konjunktur ist hingegen vor allem von der schweren Wirtschaftskrise und den heftigen Machtkämpfen bestimmt, die das Land seit 2014 erfasst haben. Auf Seiten der Regierung zeigt sich in diesem Kontext eine deutliche Verschärfung bürokratischer und autoritärer Entwicklungen sowie eine zunehmend konservative Wirtschaftspolitik, während die Förderung des kommunalen Projekts an Bedeutung verliert (siehe die Beiträge von Grajales und Rojas in diesem Heft; Lambert 2020a).

Auf der Ebene der chavistischen Basis wiederum kommt es angesichts der erschwerten Lebensbedingungen einerseits zu deutlichen Entpolitisierungsprozessen unter den historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Andererseits erlebt der organisierte Bereich der Comunas im Kontext der Krise neue, wenn auch prekäre und sehr konfliktive Impulse (Grajales und Rojas in diesem Heft; Lambert 2020a). So haben angesichts von Wirtschaftssanktionen und Versorgungsengpässen lokale agrarökologische Projekte als Möglichkeiten zur Selbstversorgung und zur Stärkung der Ernährungssouveränität an Bedeutung gewonnen (Monjane 2020). Dabei zeigt sich eine Erweiterung der ursprünglich stark in den Städten verankerten Selbstverwaltungsinitiativen in den ländlichen Bereich und ein zunehmender Fokus auf den Aufbau produktiver Kapazitäten und

solidarökonomischer Netzwerke, um die Abhängigkeit von Importen und kapitalistischen Wirtschaftskreisläufen zu verringern (Grajales und Rojas in diesem Heft).

Zugleich verschärft sich der Richtungskampf der chavistischen Basisbewegungen mit der Regierung Maduro. Während diese gegenüber internationalen und nationalen Umsturzversuchen weitgehend verteidigt wird, nehmen Konflikte zwischen Basisorganisationen und staatlichen Institutionen auf allen Ebenen an Ausmaß und Intensität zu. Dabei versuchen Letztere durch Aktionen auf nationaler Ebene und eine verstärkte Vernetzung des weitgehend zerstreuten Feldes lokaler Basisorganisationen wieder an Einfluss auf die Regierungspolitik zu gewinnen (Rojas in diesem Heft; Lambert 2020a). So demonstrierten Kleinbäuer*innenbewegungen im Sommer 2018 in einem mehrwöchigen Campesino-Marsch gegen Großgrundbesitz, Landvertreibungen und Gewalt gegen kleinbäuerliche Aktivist*innen (Pascual Marquina 2018; Alí López 2018). Ein Jahr später wiederum lancierte ein landesweites Bündnis von Basisorganisationen ein umfangreiches Manifest „für eine chavistische Überwindung der Krise“ (Surgentes et al. 2019) im Sinne einer Stärkung des kommunalen Projekts selbstverwalteter Produktion und partizipativer Demokratie (ebd.; Comunachos 2019).

Die Bolivarianische Revolution steht derzeit am Scheideweg. Das chavistische Regierungsprojekt steckt zweifellos in einer tiefen Krise und hat seinen Status als Hoffnungsträger eines radikaldemokratischen Sozialismus längst verloren. Doch anders als es die Berichterstattung über Venezuela nahelegt, wird die Zukunft dieser Utopie nicht allein von den Führungspersönlichkeiten von Regierung und Opposition entschieden. Die progressive Dynamik der Bolivarianischen Revolution ging von den popularen Bewegungen aus und ist auch weiterhin dort zu finden. Wenn sich die chavistische Regierung in den letzten Jahren auch immer weiter von der Vision des „kommunalen Staates“ entfremdet hat, so sind die popularen Bewegungen und deren politische Erfahrungen und Ziele damit nicht einfach verschwunden. Ihre Position freilich ist deutlich geschwächt. Die strukturellen Rahmenbedingungen der venezolanischen Erdölgesellschaft und die aktuelle politische und wirtschaftliche Konjunktur haben reaktionäre Entwicklungen befeuert und zahlreiche Errungenschaften zunichte gemacht. Venezuela befindet sich in einer Situation der Abhän-

gigkeit und Krise, die im Moment wenig Spielraum für jenes emanzipatorische Handeln und utopische Experimentieren lässt, das die Bolivarianische Revolution lange auszeichnete. Umso wichtiger ist eine solidarische und differenzierte Perspektive, die der Komplexität und Widersprüchlichkeit politischer Entwicklungen Rechnung trägt und den Blick auf jene Kräfte richtet, die die Utopie einer ganz anderen Gesellschaft – auch oder gerade in Zeiten der Krise – vorantreiben.

8. Zu den Beiträgen

Diesem Anspruch versuchen wir mit der vorliegenden Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* gerecht zu werden und rücken einige Aspekte der Bolivarianischen Revolution in den Blick, die in aktuellen Berichten und Analysen nur marginal Beachtung finden.

Im ersten Teil des Heftes versammeln wir zwei wissenschaftliche Beiträge, die sich mit den sozioökonomischen Tiefenstrukturen der postkolonialen venezolanischen Erdölgesellschaft und den damit verbundenen Schwierigkeiten für die Utopie eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen.

Zunächst rückt Stefan Peters die wirtschaftlichen Grundlagen des chavistischen Transformationsprojekts in den Fokus und analysiert die Implikationen der einseitigen Abhängigkeit Venezuelas vom Export seines wichtigsten Rohstoffs Erdöl. Peters macht deutlich, dass die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte vor dem Hintergrund der spezifischen Charakteristika einer Rentengesellschaft verstanden werden müssen und argumentiert, dass die Bolivarianische Revolution letztlich an der hartnäckigen Kontinuität der politökonomischen Tiefenströmungen dieser venezolanischen Rentengesellschaft gescheitert ist.

Margarita Langthaler wiederum beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den sozialstrukturellen, ideologischen und kulturellen Dimensionen des chavistischen Transformationsprojekts. Sie untersucht die Bildungspolitik der Bolivarianischen Revolution, die darauf abzielte, über Bildung vererbte Ungleichheiten abzubauen, gesellschaftliche Randgruppen zu ermächtigen und so eine chavistische Gegenhegemonie in Venezuela zu festigen. Dabei macht sie auf eine wichtige Kehrseite der kampagnenartig organisierten

und stark auf politische Partizipation orientierten chavistischen Sozialpolitik deutlich. Während die Regierung nämlich den Aufbau alternativer Bildungswege forcierte, so die These, habe sie es versäumt, grundlegende Reformen im bestehenden Bildungssystem durchzusetzen und damit die zentralen Mechanismen der Elitenreproduktion in Venezuela zu transformieren.

Im zweiten Teil des Heftes und auf der Webseite des Journals für Entwicklungspolitik nehmen wir schließlich die internen Dynamiken und Charakteristika des Chavismus unter die Lupe und richten den Blick auf die chavistischen Basisbewegungen und ihr Projekt eines radikaldemokratischen, kommunalen Sozialismus – ein Bereich, der im deutschsprachigen Raum mit Ausnahme der Arbeiten von Dario Azzellini (2010; 2012; 2015) und vereinzelter journalistischer Beiträge (z.B. Lambert 2020a) bislang weitgehend ausgeblendet geblieben ist. Die Autor*innen der hier versammelten Essays sind eng mit diesen Bewegungen verbunden und zum Teil selbst in Basisorganisationen aktiv. Ihre Beiträge sind dabei als nicht bloß wissenschaftliche Analysen, sondern auch politische Interventionen in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Bolivarianischen Revolution zu verstehen.

Den Anfang macht die Anwältin Martha Lía Grajales aus Caracas. Sie ist Teil der Menschenrechtsorganisation *Surgentes* und engagiert sich als Mitbegründerin der Kooperative *San Agustín Convive* direkt in der Basisorganisation im popularen Viertel San Agustín in Caracas. In ihrem Essay gibt sie Einblick in den Aufbau selbstverwalteter Strukturen „populärer Macht“ und deren komplexes Verhältnis zu den etablierten Instanzen von Partei und Staat. Dabei betont sie vor allem die Notwendigkeit, die produktiven Kapazitäten dieser Strukturen zu stärken, um externe Abhängigkeiten abzubauen und eine tragfähige gesellschaftliche Alternative „von unten“ zu entwickeln.

Der Soziologe Reinaldo Iturriza López kann als vielleicht bekanntester Analyst, Theoretiker und „organischer Intellektueller“ der chavistischen Basisbewegungen gelten. Nach dem Tod von Hugo Chávez 2013 begleitete er als Minister für Comunas und Soziale Bewegungen eine kurze dynamische Phase populärer Organisation, ehe er von 2014 bis Anfang 2016 das Amt des Kulturministers innehatte. In seinem Buch *El Chavismo Salvaje* („Der unzivilisierte, wilde, barbarische Chavismus“), das wenige

Monate nach seinem Rückzug aus der Regierung erschien, betont Iturriza López nachdrücklich die Bedeutung der Basisbewegungen und den populären Charakter des chavistischen Projektes (Iturriza López 2016). Heute arbeitet er am Nationalen Zentrum für Geschichte in Caracas und reflektiert in seinem Blog *saber y poder* („Wissen und Macht“) (Iturriza López 2020) das politische Geschehen. In seinem Essay wirft Iturriza López einen Blick auf die sozial- und ideengeschichtlichen Entstehungsbedingungen des chavistischen Projektes. Dieses müsse, so Iturriza López, als Ergebnis der Politisierung der historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu einem aktiven politischen Subjekt verstanden werden und markiere somit den Einbruch eines über Jahrzehnte hinweg verdrängten, verarmten und rassistisch abgewerteten „anderen Venezuela“ auf die politische Bühne des Landes.

Manuel Azuaje Reverón wiederum gehört wie Martha Lía Grajales einer jüngeren Generation von Intellektuellen und Aktivist*innen an, die bereits unter der Bolivarianischen Revolution politisch sozialisiert wurden. Azuaje Reverón ist Professor für Philosophie, forscht zu politischer Philosophie, Marxismus sowie Geschichte und Gegenwart Lateinamerikas und ist Teil mehrerer Publikationsprojekte wie der Zeitschrift *Apuntes Críticos* (Instituto Estudios Críticos 2020) und des Onlinemagazins *Mentekupa*. Mit dem Kollektiv „Laboratorio Crítico Comunachos“ war er zudem als Mitinitiator an dem Dialogprogramm „für eine chavistische Überwindung der Krise“ im Sommer 2019 beteiligt (Surgentes et al. 2019; Comunachos 2019). Sein Beitrag zu diesem Heft beschäftigt sich mit den politischen Strategien und Konzepten in den Anfangsjahren der chavistischen Bewegung nach den missglückten Putschversuchen 1992. Azuaje argumentiert, dass der Wechsel von einer aufständischen zu einer elektoralen Strategie und die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen von 1998 zu einer deutlichen Mäßigung der ursprünglich radikaldemokratischen Konzepte des Chavismus führte, was einer radikaleren Ausrichtung der Bolivarianischen Revolution strukturell entgegenwirk(t)e.

Abgerundet wird das Heft durch einen Onlinebeitrag des Aktivisten und Intellektuellen Gerardo Rojas, der auf der Webseite des *Journals für Entwicklungspolitik* frei zugänglich ist. Rojas beteiligte sich bereits in den 1990er Jahren an populären Organisationsprozessen und begleitet seit vielen Jahren den Aufbau und die Vernetzung selbstverwalteter Struk-

turen im ganzen Land. Er ist Mitbegründer des Medienkollektivs *Voces Urgentes* (Voces Urgentes 2020), Mitglied der *Comuna Ataroa* in seiner Heimatstadt Barquisimeto und reflektiert auf seinem Blog *¡Comuna o Nada!* (Rojas 2020) die Entwicklungen des kommunalen Sozialismus. Mit seinem Beitrag bietet Rojas ein umfassendes Panorama dieses Projekts, das von den konzeptionellen Grundlagen der Bolivarianischen Revolution über die Erfolge und Potenziale der popularen Selbstverwaltungsstrukturen bis zu deren aktuellen Herausforderungen und sich verschärfenden Auseinandersetzungen mit Partei und Regierung reicht. Für Rojas sind die popularen Bewegungen die Basis und innovative Kraft des Chavismus, die heute darum ringt, die Utopie eines demokratischen bolivarianischen Sozialismus mit neuem Leben zu erfüllen.

- 1 Die Bezeichnung „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ stammt von dem deutschen Soziologen Heinz Dieterich, dessen konzeptionelle Überlegungen zu einer neuen Form des Sozialismus seit 1996 in verschiedenen Kontexten in Lateinamerika diskutiert wurden, ursprünglich allerdings keinen direkten Bezug zur bolivarianischen Bewegung Venezuelas hatten. Chávez griff diese Überlegungen, vor allem aber den Slogan vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, als Selbstbezeichnung für die Bolivarianische Revolution Mitte der 2000er Jahre auf. Dieterichs tatsächlicher Einfluss auf die konzeptionellen Grundlagen des chavistischen Projekts dürfte allerdings gering sein. Die leitende Vision eines partizipativen radikal-demokratischen Sozialismus existierte in der chavistischen Bewegung bereits Anfang der 1990er Jahre und entwickelte sich weitgehend vor und unabhängig von der Verbindung zu Dieterich (siehe z.B. Azuaje in diesem Heft oder Ciccariello-Maher 2016: 22-25).

Literatur

- Alfí López, Ociel (2018): Venezuela – Crece la protesta social. Marcha campesina reaviva la movilización desde abajo. 10.8.2018. <https://correspondenciadeprensa.com/2018/08/10/venezuela-crece-la-protesta-social-marcha-campesina-reaviva-la-movilizacion-desde-abajo/>, 11.5.2020.
- Azzellini, Dario (2007): Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts? Köln: ISP.
- Azzellini, Dario (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela. Hamburg: VSA.

- Azzellini, Dario (2012): Arbeiterkontrolle unter der Bolivarianischen Revolution in Venezuela. In: Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hg.): „Die endlich entdeckte politische Form“. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute. Köln/Karlsruhe: ISP, 480-502.
- Azzellini, Dario (2015): Besetzen, Widerstand leisten, produzieren – Betriebsbesetzungen in Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela. In: Journal für Entwicklungspolitik 31 (3), 79-105. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-31-2-79>
- BBC (2020): Juan Guaidó. The man who wants to oust Maduro. 23.1.2020. <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-46985389>, 26.5.2020.
- BP (2019): BP Statistical Review of World Energy. <https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/statistical-review/bp-stats-review-2019-full-report.pdf>, 7.3.2020.
- Cannon, Barry (2008): Class/Race Polarisation in Venezuela and the Electoral Success of Hugo Chávez. A break with the past or the song remains the same? In: Third World Quarterly 29 (4), 731-748. <https://doi.org/10.1080/01436590802075020>
- Cannon, Barry (2019): Juan Guaidó's Policy Proposals: „The Venezuela to Come“ or the Venezuela that has already been? <https://nacla.org/news/2019/03/12/juan-guaid%C3%B3%E2%80%99s-policy-proposals-%E2%80%9Cvenezuela-come%E2%80%9D-or-venezuela-has-already-been>, 21.4.2020.
- Castro, Maolis (2019): Venezuela, bajo el reino del terror policial. https://elpais.com/internacional/2019/08/26/actualidad/1566812838_110189.html, 21.4.2020.
- Chávez Frías, Hugo (2012): El Golpe de timón. I Consejo de Ministros del nuevo ciclo de la Revolución Bolivariana. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Ciccariello-Maher, George (2013): We created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Ciccariello-Maher, George (2016): Building the Commune. Radical Democracy in Venezuela. London/New York: Verso.
- Comunachos (2019): Diálogos para una Superación Chavista de la Crisis. 25.6.2019. <https://comunachos.home.blog/2019/06/25/dialogos-para-una-superacion-chavista-de-la-crisis/>, 11.5.2020.
- Declas, Marie (2019): Au Venezuela, Nicolas Maduro tient toujours. Le président a encore le soutien de l'armée, alors que l'opposition peine à fédérer les mécontents du chavisme. https://www.lemonde.fr/international/article/2019/05/15/au-venezuela-nicolas-maduro-tient-toujours_5462358_3210.html, 21.4.2020.
- Dussel, Enrique (2013): 20 Thesen zu Politik. Berlin: LIT.
- Eder, Julia (2016): Trade and Productive Integration in ALBA-TCP – A Systematic Comparison with the Corresponding Agendas of COMECON and NAM. In: Journal für Entwicklungspolitik 32 (3), 91-112. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-32-3-91>
- Ertl, Josef (1999): Ein Caudillo alter Prägung. In: Der Standard, 28.7.1999, 5.

- FAO (2013): The State of Food Insecurity in the World. <http://www.fao.org/3/a-i3434e.pdf>, 7.3.2020.
- Fischermann, Thomas (2019): Venezuela. Spielball der Großmächte. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/venezuela-nicolas-maduro-juan-guaido-militaer-kuba-china>, 26.5.2020.
- Harnecker, Marta (2007): *Rebuilding the Left*. London/New York: Zed Books.
- Herdin, Franziska (2005): Der bolivarianische Prozess in Venezuela. Eine Alternative zum Neoliberalismus? In: *Journal für Entwicklungspolitik* 21 (2), 100-124. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-21-2-100>
- Herrera, Isayen (2020): Venezuela's Maduro, Used to Crises, Faces His Toughest One Yet. <https://www.nytimes.com/2020/04/13/world/americas/venezuela-maduro-oil.html>, 19.4.2020.
- Instituto Estudios Críticos (2020): *Apuntes Críticos. Coyuntura Política latinoamericana*. <https://institutoestudioscriticos.blogspot.com/search/label/APUNTES%20CR%C3%8DTICOS>, 1.6.2020.
- Iurriza López, Reinaldo (2016): *El Chavismo Salvaje*. Caracas: Trinchera.
- Iurriza López, Reinaldo (2020): *saber y poder*. <https://elotrosaberypoder.wordpress.com/>, 1.6.2020.
- Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Schmidt, Lukas (2014): Alles Extraktivismus in Südamerika? Rohstoffrenten und Politik in Brasilien, Chile und Venezuela. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 30 (3), 9-26. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-30-3-9>
- Kastner, Jens (2013): *pueblo*. Probleme einer Übersetzung. In: *MALMOE* 62, 24.
- Kurmanaevev, Anatoly/Herrera, Isayen (2020): Venezuela's Capital Is Booming. Is This the End of the Revolution? <https://www.nytimes.com/2020/02/01/world/americas/Venezuela-economy-dollars.html>, 21.4.2020.
- Lambert, Tobias (2020a): *Venezuela. Der Sprung ins Kommunale*. 24.1.2020. <https://amerika21.de/analyse/236270/venezuela-der-sprung-ins-kommunale>, 14.5.2020.
- Lambert, Tobias (2020b): *US-Dollar statt Bolívar in Venezuela*. <https://www.derstandard.at/story/2000114530832/us-dollar-statt-bolivar-in-venezuela>, 21.4.2020.
- Lebowitz, Michael (2006): *Build it now. Socialism for the twenty-first century*. New York: Monthly Review Press.
- Lubbock, Rowan (2020): The hidden edifice of (food) sovereignty: Rights, territory, and the struggle for agrarian reform in Venezuela. In: *Journal of Agrarian Change* 20 (3), 289-310. <https://doi.org/10.1111/joac.12347>
- Monjane, Bouventura (2020): *Venezuela. Farmers Resist Economic Blockade by Increasing Food Production*. <https://viacampesina.org/en/venezuela-farmers-resist-economic-blockade-by-increasing-food-production/>, 8.5.2020.

- OPEC (2020): Annual Statistical Bulletin (Interactive Version). <https://asb.opec.org/index.php/interactive-charts>, 7.3.2020.
- Plott, Gerhard (1999): Ein Diktator, der den Messias gibt. In: Der Standard, 17.12.1999, 40.
- Pascual Marquina, Cira (2018): Campesinos March Across Venezuela Demanding Gov't Rectify Agrarian Policy. 25.7.2018. <https://venezuelanalysis.com/news/13966>, 11.5.2020.
- Pfluger, Bettina (2020): Nie dagewesener Preissturz beim Öl: Barrel kostet weniger als einen Dollar. <https://www.derstandard.at/story/2000116999248/das-oel-fliesst-der-preis-stuerzt-auf-ein-rekordtief>, 20.4.2020.
- Rojas, Gerardo (2020): ¡Comuna o Nada! <https://gerojasp.wordpress.com/>, 1.6.2020.
- Salter, Lee (2010): Forschungsbericht über die Berichterstattung der BBC zum Thema Venezuela. 12.2.2010. https://amerika21.de/hintergrund/2010/bbc_203948_venezuela, 8.5.2020.
- Schiavoni, Christina (2016): The contested terrain of food sovereignty construction: Toward a historical, relational and interactive approach. In: The Journal of Peasant Studies, 44 (1), 1-32. <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1234455>
- Specia, Megan (2019): Venezuela Crisis: What We Know So Far. <https://www.nytimes.com/2019/05/01/world/americas/venezuela-uprising-crisis.html>, 21.4.2020
- Surgentes et al. (2019): Dialoge für eine chavistische Überwindung der Krise. 13.8.2019. <https://amerika21.de/dokument/229989/venezuela-dialoge-chavismus>, 27.4.2020.
- Sutherland, Manuel (2016): Crítica a la política económica del „socialismo del siglo XXI: apropiación privada de la renta petrolera, política de importaciones y fuga de capitales. In: Nuevo Epoca 38, 39-63. <https://doi.org/10.22201/cela.24484946e.2016.38.57456>
- Sutherland, Manuel (2020): ¿Una dolarización „antiimperialista“? <https://rebellion.org/una-dolarizacion-antiimperialista/>, 21.4.2020.
- Tauss, Aaron (2016): Venezuela: Die „bolivarianische Revolution“ in der Krise. In: PROKLA 183, 325-330. <https://doi.org/10.32387/prokla.v46i183.117>
- Tinker Salas, Miguel (2015): Venezuela. What Everyone Needs to Know. New York: Oxford University Press.
- UNHCR (2020): Factsheet Venezuela. <http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/UNHCR%20Venezuela%20situation%20ofactsheet%20-%20January%202020.pdf>, 5.6.2020.
- Voces Urgentes (2020): Voces Urgentes. Comunicación Comunal. <https://vocesurgentes.wordpress.com/>, 1.6.2020.
- Weiss, Sandra (2005): Alle Macht für Chávez in Venezuela. In: Der Standard, 6.12.2005, 6.

Wilpert, Gregory (2007): Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government. London/New York: Verso.

Zimmermann, Philipp (2019): Lima-Gruppe und EU fordern aktive internationale Einmischung in Venezuela. <https://amerika21.de/2019/06/227141/limagruppe-kontakgruppe-venezuela>, 26.5.2020.

Jonathan Scalet
jonathan.scalet@gmail.com

Lukas Schmidt
lukas.schmidt@univie.ac.at